

«Liberal-sozial, das zählt»

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2015 wird Barbara Schmid-Federer als die einzige sozial denkende Nationalrätin der CVP-Fraktion bezeichnet. Im Interview erklärt die Zürcher Nationalrätin, was sie anders macht.

Interview: Anton Ladner



Barbara Schmid-Federer, die CVP hat die Diskussion über die christlichen Werte lanciert. Das «Christliche» wird aber als weltliches abendländisches Kulturgut dargestellt. Kommt das gut an?

Die CVP ist in erster Linie eine politische Partei. Sie führt gegenwärtig den Wertedialog als politische Partei und nicht als Kirche. Die Frage ist somit, was man unter christlichen Werten versteht. Wenn diese Diskussion nicht in die Substanz dessen führt, was ein christliches Menschenbild ist, dann läuft die CVP Gefahr, dass sie bei der Burkadebatte stehen bleibt. Das bringt weder die CVP noch die Gesellschaft weiter.

Die CVP sucht laut Parteipräsident Gerhard Pfister nach Ecken und Kanten, um ein neues Profil zu bekommen. Um welche Ecken und Kanten handelt es sich da?

Die CVP möchte auf die Ängste der Bevölkerung vor der Migration und auch vor dem Islam Antworten geben. Das kann sie machen, aber sie darf nicht bei Handschlagdiskussionen oder einem Burkaverbot stehen bleiben. Sie muss diese Ängste mit einer Politik auffangen, die sich am christlichen Menschenbild orientiert. Für mich persönlich ist dabei die Respektierung der Menschenwürde zentral, die zum Beispiel beinhaltet, dass jede Form von Sexismus oder Rassismus abgelehnt wird.

In der Schweiz gibt es um die 22 Prozent Konfessionslose. Warum machen die sechs Prozent Muslime Angst, nicht aber die 22 Prozent Konfessionslosen?

Ich persönlich habe keine Angst vor dem Islam. Mir macht hingegen der christliche Fundamentalismus Angst. Ich meine damit gewisse Tendenzen, denen zufolge das Rad der Geschichte zurückgedreht werden soll, mittelalterliche Weltbilder aufleben und Andersgläubige diffamiert werden sollen.

Diese Polarisierungen tangieren auch das Christliche. Viele machen heute um das Christliche einen Bogen, wollen als religiös neutral gelten, vorab Schweizer Konzerne. In der Schweiz sagt man gerne: Ich glaube, aber ich bin nicht religiös.

Die Katholiken sind in einer Minderheit, die Reformierten sind in einer Minderheit. Obschon die Christen in der Schweiz eine Mehrheit ausmachen, wird aus einer Minderheitsposition heraus politisiert. Es gibt keinen christlichen Konsens, kein Bestreben, als christliche Mehrheit das Zusammenleben dirigieren zu wollen. Dieses Selbstverständnis fehlt wohl aus historischen Gründen.

Bisher hat die CVP ihre Stimmen im katholischen Milieu generiert. Nun will sie auch bei den FDP- und SVP-Wählern Stimmen holen.

2007 hatten wir einen Zuwachs an Reformierten im Kanton Zürich, auch Muslime und Nichtgläubige fühlten sich von unserer Botschaft «liberal-sozial» angezogen. Wir engagierten uns stark für die Familienpolitik, die insbesondere viele Frauen zur CVP brachte. Heute wird das in der Partei als zu offen und zu pluralistisch gesehen. Man will sich of-



Foto: Keystone/Peter Klauzner

fenbar wieder auf die alten Werte besinnen und die Stammlande stärker ansprechen.

Mit der Aussage, Gott habe in der Politik nichts zu suchen, verbunden mit der gleichzeitigen Betonung christlicher Werte, lassen sich aber kaum mehr Wähler für die CVP begeistern.

Gerhard Pfister meint damit offenbar, dass es nicht Aufgabe der Politik ist, Kirche zu sein. Der persönliche Glaube soll Privatsache bleiben. Ich teile die Ansicht, dass wir keine Kirche vertreten. Religion war jedoch immer schon eine gestaltende Kraft in der Gesellschaft und ist dies auch im 21. Jahrhundert. Dies gilt im konstruktiven wie im destruktiven Sinne. Glaube als religiöse Kraft kann deshalb nicht in die Privatsphäre verbannt werden. Religion soll sich in der Öffentlichkeit zeigen und nicht in Subkulturen versteckt bleiben. Neben dieser öffentlichen Wirkung sind die persönlichen Glaubensentscheide und Glaubenspraktiken zu respektieren. Da gebe ich Gerhard Pfister absolut Recht. Diese sind zu respektieren, solange sie den demokratischen Rechtsstaat nicht verletzen. Daran hält sich die CVP auch parteiintern. So ist es möglich, dass sich CVP-Mitglieder in der Partei engagieren, die sich selbst als «nicht gläubig» bezeichnen, aber dem Menschenbild der CVP in hohem Masse zustimmen.

Das wird aber schwierig, wenn man ein C im Logo hat, denn das C steht für «christlich».

2010 hat die CVP ein Grundsatzzpapier verfasst und das C

im Namen der CVP vertieft. Da wird ausgeführt, dass die CVP eine Politik betreibt, die sich nach dem christlichen Menschenbild ausrichtet. Daraus leitet sich ab, dass die Christdemokratie die soziale Marktwirtschaft unterstützt, und zwar nach dem Konzept der Eigenverantwortung des Menschen, begleitet von sozialen Netzen. Das ist liberal-sozial. Dort, wo der Mensch scheitert in seiner Eigenverantwortung, wird er von der Solidarität aufgefangen.

Das wird heute aber als links verstanden.

Wenn die CVP vom Sozialen abschwenken sollte, wird es meine Aufgabe sein, das Soziale zu verteidigen. Wir sind aber als Partei keiner Kirche verpflichtet. Das christliche Menschenbild bedeutet ein humanistisches Menschenbild. Deshalb bin ich weder bürgerlich noch sozialistisch. Ideologien rechts oder links lehne ich ab. Ich orientiere mich am christlichen Menschenbild, da hilft mir als Christdemokratin das Rechts-links-Schema bei Sachfragen nicht weiter.

Warum werden Sie als die letzte sozial Denkende der CVP-Fraktion bezeichnet?

Die Gruppe der sozial denkenden Fraktionsmitglieder ist in der Tat sehr klein geworden. Als ich 2007 in den Nationalrat gewählt wurde, war ich im «NZZ»-Rating bei der CVP-Fraktion in der Mitte. Jetzt bin ich im «NZZ»-Rating ganz aussen links. Das hängt damit zusammen, dass Persönlichkeiten wie Chiara Simoneschi, Meinrado Robbiani, Lucrezia Schatz-Meier und andere gegangen sind oder gegangen «wurden». Sie wurden durch klar Bürgerliche ersetzt.

Wie ist es jetzt für Sie in der Fraktion?

Wenn ich unerfahren wäre und erst 2015 dazugestossen wäre, hätte ich wahrscheinlich ein existenzielles Problem. Aber ich bin nach neun Jahren gut vernetzt, habe eine Eigenständigkeit entwickelt und kann mich frei bewegen. Mir ist es so in der vergangenen Session gelungen, soziale Anliegen wie beispielsweise eine finanzielle Unterstützung für Familien mit schwerbehinderten Kindern entgegen meiner Erwartung durchzubringen. Aus meiner Sicht gibt es heute im liberal-sozialen Bereich eine politische Marktlücke. Das dokumentieren die zwei Bewegungen «Operation Libero» und «Foraus» der Jugendlichen. Neu gibt es ja auch einen sozial-liberalen Flügel bei der SP. Wenn die CVP diese Menschen vernachlässigt, werden sie sich eine neue politische Heimat suchen.

Sucht die CVP heute dort ein Profil, wo sie wenig gewinnen, aber viel verlieren kann?

Vorläufig orientiert sich der Parteipräsident an den Anliegen der Parteibasis. Diese Vorgehensweise erachte ich als klug und richtig. Wenn das Parteipräsidium sich aber vermehrt nach den Bedürfnissen der Stammlande orientieren will, birgt dieses Verhalten aus meiner Sicht grosse Fragezeichen, die zu diskutieren sind. ■